

Zeitung für das Dilltal.

Amtliches Kreisblatt für den Dillkreis.

Druck und Verlag der Buchdruckerei E. Weidenbach in Dillenburg.
Gesamtweltel, Schulstrasse 1. Fernruf: Dillenburg Nr. 26.

Insertionspreise: Die kleine Gesp.
Anzeigenzeile 15 A., die Kleinzeile
40 A. Bei ununterbrochener Wieder-
holungs-Aufnahme entsprechende
Rabatt, für umfangreiche Aufträge
günstige Preise. Abnahme-Offerten
sowie Abk. durch die Exp. 25 A.

Nr. 295

Montag, den 17. Dezember 1917

77. Jahrgang

Waffenstillstand abgeschlossen. — Friedensverhandlungen!

Der Waffenstillstand.

Berlin, 16. Dez. (W.A. Amtlich.) Von den bevollmächtigten Vertretern der russischen obersten Heeresleitung einerseits und den obersten Heeresleitungen von Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei andererseits ist am 15. Dezember 1917 in Brest-Litowsk der Waffenstillstands-Vertrag unterzeichnet worden. Der Waffenstillstand beginnt am 17. Dezember mittags und gilt bis zum 14. Januar 1918. Falls er nicht mit sieben tägiger Frist gekündigt wird, dauert er automatisch weiter. Er erstreckt sich auf alle Land-, Luft- und Seestreitkräfte der gemeinsamen Front. Nach Artikel 9 des Vertrages beginnen nunmehr in Anbetracht der Unterzeichnung des Waffenstillstandes die Verhandlungen über den Frieden.

Der Waffenstillstand mit Rußland ist abgeschlossen! Einer unserer gefährlichsten Gegner dürfte hiernach wohl für immer verschwunden sein. Es war ein schwerer, blutiger Sieg, der nun endlich zu diesem erfreulichen Ziele geführt hat. Wader bis zum Neuhofen hatte sich unser östlicher Feind geschlagen. Die ungezählten Millionen seiner Wehrfähigen warf er den deutschen Streitern entgegen und opferte in fester Treue seinen Bestand als Staat dem utopistischen Gemeinwohl der Entente. Die Schmachungen, die dieses Volk von seinen ehemaligen Kampfgenossen nun in so überreichlichem Maße erdulden muß, hat es wahrlich nicht verdient. Dem tapferen, überwindenden und friedensbereiten Gegner reichen wir herzlich die Hand zur Versöhnung und hoffen aufrichtig, daß die freundschaftlichen Beziehungen, die ehemals zwischen den beiden Staaten bestanden, bald neu und für dauernde Zeiten angeknüpft werden können.

Die russische Meldung.

Petersburg, 15. Dez. (W.A.) Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Rußland und Deutschland haben den Waffenstillstand abgeschlossen.

Die Verhandlungen.

Berlin, 15. Dez. (W.A. Amtlich.) In der Vollziehung, die am Vormittag des 14. Dezember stattfand, wurde ein Teil der gegenseitigen Bedingungen des Vertragsentwurfs endgültig formuliert. Da die russischen Delegierten über einige Punkte ergänzende Instruktionen von ihrer Regierung einholen wollten, wurde die Fortsetzung der allgemeinen Beratungen auf den 15. Dezember vormittags angelegt. Der Nachmittag des 14. Dezember war mit einer Sitzung der Protokollkommission ausgefüllt.

Basel, 10. Dez. Nach einem Petersburger Habasbericht veröffentlicht „Zwitschka“ vom 8. Dez. die von der russischen Delegation am 4. Dezember vorgeschlagenen Bedingungen für den Waffenstillstand. Die russischen Vertreter forderten, daß der Waffenstillstand auf 6 Monate abgeschlossen sei; die Feindseligkeiten dürften erst 42 Stunden nach Abbruch der Friedensverhandlungen wieder aufgenommen werden; die Truppentransporte müssen eingestellt werden; die Flotten hätten den Rigaer Meerbusen und die Moonsundengässer zu verlassen; die Inseln seien zu räumen und zu neutralisieren; für die Dauer der Waffenruhe bis zur Wiederaufnahme der Verhandlungen ist der Truppentransport gestattet, sofern es sich um Bestände in der Stärke von nicht über einer Division handelt.

Die Lage in Rußland.

Wien, 15. Dez. Die „Neue freie Presse“ meldet: Wie in hiesigen unterrichteten Kreisen verlautet, haben die in Stockholm akkreditierten Vertreter der Entente bei der schwedischen Regierung Schritte unternommen, um diese davon abzuhalten, die neue russische Regierung anzuerkennen. Angeblich haben die Vertreter Englands und Frankreichs die Erklärung abgegeben, daß ihre Regierungen eine Anerkennung der russischen Regierung durch Schweden als einen unfreundlichen Akt ansehen würden.

Nach einem Petersburger Habasbericht erklärten die ukrainischen Truppen, daß sie die Sobranje mit Gewalt unterstützen werden, falls die Versammlung von den Maximalisten aufgelöst würde. Die Ukrainer wollen in diesem Falle die Sobranje nach Kiew weiterführen. Die Zentral-Komitees der Eisenbahnen und Postangestellten unterstützen diese Haltung. Man meldet aus Odessa, daß die Jdow, diese Stadt der Ukraine einzunehmen, dort Boden gewinnt. Alle Proklamationen werden von dem Truppenkommandanten in Odessa unterzeichnet, der von der ukrainischen Zentrale ernannt wurde. Die Politik dieser Zentrale ist den Maximalisten feindlich. Der Kommandant von Odessa erklärte, er würde nur Frieden im Einverständnis mit den Ukrainern schließen und verurteilt die gegenwärtigen Waffenstillstandsverhandlungen. Die Rosaken werden ihn wahrscheinlich un-

terstützen, wodurch eine mächtige Verbindung gegen die Maximalisten entstehen würde. Nach einem Londoner Habasbericht meldet man aus Petersburg: Die Maximalisten zogen 8000 Mann in der Umgebung von Moskau zusammen. Sie verbieten die Zeitung „Russe Slovo“, weil sie geschrieben hat, Kriwenko habe das Hauptquartier auf Verlangen des deutschen Generalsstabes genommen.

Die „Times“ meldet aus Petersburg: Die Regierung verbietet den Banken die Zahlung der am 1. Jan. fälligen Zinsen an das Ausland. Der russische Staatsbankrott ist damit nicht erklärt, aber praktisch zur Geltung gekommen.

Das in Helsingfors erscheinende „Hufvudsbladet“ meldet, die Bezirksausschüsse der russischen Truppen in Finnland hätten sich erhoben, das Land zu räumen, aber dieses Angebot mit einem Erpressungsversuch verknüpft. Sie hätten nämlich erklärt, zu ihrem Abtransport einer Summe von 100 Millionen finnländischer Mark zu bedürfen, deren Auszahlung von der finnländischen Regierung verlangt werde. Auch sollten zunächst 20 Millionen gezahlt werden, ehe das an der russischen Grenze zurückgehalten, bereits bezahlte Getreide ausgeliefert werde. „Wir haben“, schreibt das Blatt, „solche Erfahrungen mit russischen Versprechungen gemacht, daß wir nicht glauben, daß die Zustimmung auch nach Erfüllung der Erpressung gehalten wird.“ Nach anderen Meldungen ist ein Teil der Truppen bereits zurückgezogen worden.

Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Einige Tausend Personen, die sich für Abgeordnete ausgaben, aber keine Karten vorwiesen, ergaßen sich am 11. Dezember abends in Begleitung von weißen Gardien und Junkern, einigen tausend Bürgern und aufständischen Beamten den Zugang zum Taurischen Palast. Die Kadettenpartei war bestrebt, der gegenrevolutionären Erhebung der Generale Kaledin und Kornilow einen angeblich gesetzlichen Anschein zu geben. Die Stimmen einiger Duzend Bürger sollten die Stimmen der verfassunggebenden Versammlung darstellen. Das war die Absicht der Kadetten. Der Rat der Volkskommissare gibt diese Verschwörung dem ganzen Volke bekannt. Alle Errungenschaften des Volkes, auch der nahe bevorstehende Friede, stehen auf dem Spiele. Im Süden steht Kaledin, im Osten Butoin, im Zentrum macht sich die Verschwörung der Kadettenpartei bemerkbar, die unausgesetzt Verhärthungen nach Süden zu Kaledin und den Offizieren Kornilow schickt. Die geringste Unentschiedenheit oder Schwäche des Volkes kann zum Sturz der Arbeiter- und Soldatenräte, zum Scheitern der Friedensfrage, zum Zusammenbruch der Reformen des Grundbesitzes und zu einer neuen Autokratie der kapitalistischen Besitzer führen. Der Rat der Volkskommissare ist sich vollkommen der ungeheuren Verantwortung hinsichtlich des Schicksals des Volkes und der Revolution, die ihm auferlegt ist, bewußt. Er erklärt die Kadettenpartei als eine Organisation zur gegenrevolutionären Empörung und als Partei der Volksfeinde. Der Rat der Volkskommissare verpflichtet sich, die Waffen im Kampf gegen die Kadettenpartei und die Truppen Kaledins nicht niederzulegen.

Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Der Kongreß der Sozialrevolutionäre beschloß hinsichtlich des politischen Programms der verfassunggebenden Versammlung, das Programm des zweiten Kongresses der Sowjets und seine Erlasse und Rechte zu verteidigen. Die Entschloßung fest folgendes fest: Jeder Versuch einer Umgestaltung der verfassunggebenden Versammlung in eine Kampforganisation gegen die Sowjets und die Abgeordneten der Arbeiter und Soldaten, die die Organe der Macht bilden, wird als ein Anschlag gegen die Errungenschaften der Revolution betrachtet werden, und es wird als dringend notwendig erachtet, entschlossen dagegen vorzugehen. Die Entschloßung versichert, das revolutionäre russische Volk werde seine Mission erfüllen, wenn die Regierungsgewalt ausschließlich und unwiderstehlich in den Händen des Volkes liegen werde. In der Periode unserer gegenwärtigen sozialen, ununterbrochenen Revolution darf das russische Volk die Macht nicht mit anderen Klassen teilen. Der Kongreß erklärt sich als beträchtlich weiter links stehend als die linke Fraktion des Zentral-Exekutiv-Ausschusses.

Gefangennahme Kaledins.

Osaka, 15. Dez. Reuter meldet aus London: Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet vom 14. Dez.: Kaledin, Raditschew und Togatrog sind im Besitze der revolutionären Truppen. Die Generale Kaledin und Potowski sind mit ihren Generalsstäben gefangen genommen worden. Kaledin ersuchte den Bürgermeister von Kiew, in Kiewskherast Unterhandlungen über die Einstellung der Kriegooperationen anzuknüpfen.

Die Kriegsgefangenen in Rußland.

Stockholm, 16. Dez. „Dien“ berichtet: Im Sozial-Institut wird gegenwärtig eine Verfügung ausgearbeitet, die den Kriegsgefangenen die gleichen Rechte zubilligt wie anderen in Rußland wohnenden fremden Untertanen. Der

Plan werde unabhängig vom Verlauf der Friedensverhandlungen zur Ausführung gelangen. Der Rat des Petersburger Militärgebiets begann angeblich bereits am 4. Dezember die Entlassung der deutschen und österreichischen Kriegsgefangenen. Ihnen wird das Versprechen abgenommen, am Kriege nicht mehr teilzunehmen. Nach „Utro Rossii“ veranlaßt Trotzki telegraphisch die Aufhebung aller gesetzlichen Beschränkungen der in der Gegend von Biala angesiedelten deutschen Zivilgefangenen.

Lösung der Konflikte mit England.

Petersburg, 16. Dez. (W.A.) Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Mit Ermächtigung der englischen Botschaft teilen wir mit: Angesichts der Erklärungen, die von dem englischen Botschafter der englischen Regierung über die Zurückhaltung Tschitschirins, Petrow und anderer Personen in ähnlicher Lage gegeben worden sind, erklärt die englische Regierung, sie sei geneigt, die Frage der Zurückhaltung der oben genannten Personen und ihrer Rückkehr in ihr Vaterland erneut zu prüfen. Im Hinblick auf diese bestimmte Erklärung hat der Volksbeauftragte für auswärtige Angelegenheiten angeordnet, daß den Staatsangehörigen Großbritanniens, welchen die von jedem Bürger jedes verbündeten und neutralen Landes geforderten allgemeinen Bürgerschaften zugesichert wurden, das ungehinderte Verlassen Rußlands gestattet werde. Auch scheint sich der Konflikt wegen der diplomatischen Kuriers zu regeln. Kapitän Smith erklärte dem Volkskommissar, Buchanan hoffe im Laufe der kommenden Woche die Ermächtigung zum freien Eintritt der diplomatischen Kuriers der Sowjet-Regierung nach England und zu ihrer Durchreise durch England erteilen zu können.

Die polnischen Soldaten.

Bern, 16. Dez. Das hiesige polnische Pressebüro meldet, daß gegenwärtig unter den polnischen Soldaten die Bewegung für den Austritt aus der russischen Armee im Wachsen begriffen sei. Die polnischen Soldaten ständen auf dem Standpunkt, daß für sie kein Grund zum Verbleiben in der russischen Armee bestehe, nachdem Rußland die Unabhängigkeit Polens anerkannt habe. Die polnische Garnison in Gatschina sei auf ihr Verlangen aus der russischen Armee entlassen worden und habe die Forderung der Entlassung sämtlicher polnischen Soldaten gestellt.

Japans Griff nach Rußland.

Genf, 15. Dez. Die Pariser Presse legte die Besetzung Wladiwostok als den Beginn der militärischen Intervention Japans aus. Der japanische Botschafter in Petersburg erklärte, ostibirische und sibirische Bahnlinien würden von japanischen und amerikanischen Truppen besetzt werden, da die Verbindung mit dem ententefreundlichen Sibirienland zu der rumänischen Front nicht in den Händen der Maximalisten bleiben darf.

Nach einer Londoner Meldung meldet das in Osaka erscheinende japanische Blatt „Yasagaki“, die japanische Expedition nach Wladiwostok gelte der Selbstverteidigung der japanischen Interessen gegen die große russische Anarchie, welche sich immer mehr nach Osten, bis in die Nähe der japanischen Interessensphäre ausbreite. In den östlichen Gebieten wohnen Tausende von Japanern, deren Gut und Blut zu schützen, Pflicht Japans sei.

Der Weg zu einer deutsch-russischen Allianz.

Genf, 16. Dez. In der öffentlichen Meinung vollzieht sich nach dem „Temps“ eine bedeutsame Schwänkung der Stellungnahme zur maximalistischen Regierung. Das Blatt läßt deutlich erkennen, daß es die Zeit für gekommen hält, wo die Entente mit Berlin als einer dauerverprechenden Regierung rechnen müsse. Vielleicht sei der Weg zu einer deutsch-russischen Allianz kürzer, als die Entente anzunehmen geneigt sei. Unter dem Namen „Waffenstillstand“ verhandele man zweifellos schon über den Sonderfrieden. Wenn das Wort Sonderfrieden ausgesprochen sei, werde das Bündnis und die wirtschaftliche Durchdringung Rußlands durch Deutschland greifbare Tatsache.

Selbstmord eines Mitglieds der russischen Abordnung in Brest-Litowsk.

Berlin, 16. Dez. (W.A.) Zu der von Reuter verbreiteten Nachricht vom Selbstmord des russischen Generals Skalon einige Stunden nach der Ankunft der Waffenstillstandsabgeordneten im deutschen Hauptquartier erfahren wir die näheren folgenden Umstände: General Skalon hatte während der gemeinsamen Reise der russischen Abordnung an deren Beratungen unmittelbaren und tätigen Anteil genommen. Einige Stunden nach der Ankunft und kurz vor der Erörterung der gemeinsamen Konferenz begab er sich auf sein Zimmer, um eine Karte zu holen. Hier wurde er

